

Dresdner Nachrichten

Segründet 1856

Verlagsdruckerei: Nachrichten Dresden
Hauptverleger: Carl Schönbauer
Kurs für Nachdruck: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. März 1928 bei Malch...
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach...
Wochensatz 100 000

Schriftleitung und Hauptverleger:
Waisenstraße 35/42
Druck und Verlag von Sieph & Reichardt in Dresden
Postfach-Nummer 1068 Dresden

Nachdruck nur mit drucklicher Genehmigung...
Illustrationen sind nicht enthalten.

Poincaré verteidigt seine Politik.

Die Abrüstungskonferenz ergebnislos geschlossen. — Neue Gerüchte über Dawes-Revision.

Lockruf an die französischen Wähler.

Paris, 25. März. Ministerpräsident Poincaré hielt heute mittag in Bordeaux im „Amerikaner-Parl.“ seine mit großer Spannung erwartete Rede. Sie wird allgemein als ein großes politisches Ereignis gedeutet, da sich Poincaré an das ganze Land wandte, um die nationale Eintracht aufrechtzuerhalten und zu den außen- und innenpolitischen Problemen Stellung nahm. Poincaré gab einleitend einen geschichtlichen Überblick über die Arbeit des Kabinetts und sagte, man müsse von der neuen Kammer erwarten, daß sie die heute kaum begonnene Gesandtschaft glücklich vollende. Frankreich bleibe sonst blutarm, geschwächt und im Fieberzustand. Dann sprach Poincaré eingehend über

Reparationsfragen, Ruhrbesetzung und den Dawes-Plan. Hierzu führte er u. a. aus: „Von 1920 bis Ende 1923 war angeht die französische Rabinette die gleiche. Briand hatte durch unsere Truppen Düsseldorf und die anderen Städte besetzen lassen, die die Ruhr beherrschten, und hatte von der Senatströbne aus angekündigt, daß, wenn die Dinge sich nicht änderten, wir gezwungen sein würden, Deutschland die Hand an den Krügen zu legen. Mehr als ein Jahr später, nachdem die Reparationskommission die Nichterfüllung des Reiches festgestellt hatte, haben wir uns entschlossen, neue Pfänder zu ergreifen und in das Ruhrgebiet einzumarschieren. Man hat oft wiederholt, daß diese Operation für unsere Finanzen drückend gewesen sei. Sie war im Gegenteil sehr ergiebig. (P) Sie hat uns gestattet, durch die Zuteilung einer über 300 Millionen Goldmark betragenden Summe an unsere belgischen Nachbarn und Freunde die belgische Priorität früher zu lösen, und hat uns unter Abzug aller Ausgaben eine von dem Staatsschatz tatsächlich einkassierte Nettoeinnahme von etwa 1,5 Milliarden Franken eingebracht.“

„Inßerdem hätte Deutschland nicht den Dawes-Plan angenommen, wenn Frankreich nicht an der Ruhr gewesen wäre. Deutschland hat den Dawes-Plan am 18. April angenommen und schon am 25. des gleichen Monats habe ich im Namen der französischen Regierung meine volle Zustimmung dazu gegeben. Wenn man also auf der Oberseite der lebenden bedeutenden Legislaturperiode eine glückliche und reguläre Durchführung des Dawes-Planes buchen kann, so geht dies auf die vorige Legislaturperiode zurück. In dieser Beziehung haben wir die französische Politik unter verschiedenen Aspekten eine grundsätzliche Einheit wahrnehmen sehen.“

Poincaré ging dann auf die Frage des „Friedens im Innern“ ein und sprach auch von der kommunistischen Gefahr, die aber für Frankreich nicht übertrieben werden dürfe. Zum Schluß kam er noch einmal auf den „auswärtigen Frieden“ zu sprechen und erklärte: „Die französische Regierung hat besonders in den letzten Jahren ohne Unterlaß Beweise ihrer Friedensliebe gegeben.“ Niemand in Frankreich hat einen anderen Wunsch als den, unser Land ruhig in seinen gegenwärtigen Grenzen und gegen jeden Angriff gesichert zu sehen. Niemand in Frankreich wagt Ausschreitungen, die bei unseren Nachbarn Verdacht hervorrufen könnten. Jedermann in Frankreich bekennt, daß ganz Europa, Belgien und Neutrale, das gleiche Bedürfnis der Ruhe haben, um die Ruinen des Krieges aufzubauen. Jedermann in Frankreich fühlt, daß die so grausam geprüfte Menschheit von ihren Wunden nur durch Schaffung einer moralischen Entente heilen wird. Jedermann in Frankreich sei gewillt, die Bestrebungen hierzu zu fördern. „Wünschen wir, daß die Gesetze, die uns befehlen, von allen anderen Ländern geteilt werden, und arbeiten wir mit warmem Herzen, aber offenen Augen an der Vollendung dieses Friedens.“

Eine Reparationskonferenz 1929?

Immer wieder Gerüchte über Dawes-Revision.
Newport, 25. März. „International Service“ meldet aus Paris, man rechne in dortigen unterrichteten Kreisen mit einer internationalen Reparationskonferenz im Jahre 1929 mit folgendem Programm:
1. Festlegung der Reparations-Endsumme auf etwa 7 1/2 Milliarden Dollar.
2. Ausarbeitung eines neuen Reparationsplanes und
3. die Auflegung einer großen deutschen Anleihe in Amerika.
Nach einem Bericht der „Times“ aus Paris beschäftigt sich die internationale Bankwelt mit der Aus-

arbeitung eines endgültigen Planes zur Festlegung der deutschen Reparationsschuld auf 82 Milliarden Mark. Der Plan sieht eine Bonds Ausgabe vor, wovon 16 Milliarden auf Eisenbahn- und Industriebonds kommen und der Rest zu Lasten des Reichshaushaltes gehen soll. Die Eisenbahn- und Industriebonds sollen zur Deckung der alliierten Schulden in Amerika dienen. Die restliche Hälfte zur Beibehaltung der französischen und belgischen Reparationsansprüche. Da diese fünfprozentigen Bonds in Amerika nicht zum Nennwert auflösbar seien, so müßte wohl Amerika keine Ansprüche an die Alliierten etwas einschränken.
Die Bankkreise begnügen sich mit dem „Times“ weiter ausführend, die Erwartung, daß wenn Europa bereit sei, im Interesse einer Verständigung über das Reparationsproblem Opfer zu bringen, sich auch die Vereinigten Staaten zu einem Kompromiß bereitfinden lassen werden.

Offenbar handelt es sich bei dieser Meldung um eine Wiederholung der bereits vor einigen Monaten kursierenden Gerüchte, die von einer Festlegung der deutschen Reparationsschuld auf 30 Milliarden Mark sprachen. Angeht die Tatzsache, daß mit einer Revisionskonferenz erst nach Beendigung des ersten Standardjahres zu rechnen wäre, haben Betrachtungen über die Höhe der endgültigen Reparationssumme zurzeit nur akademischen Wert. Auch eine Ziffer von 30 Milliarden Mark wäre deutschseits undiskutabel, solange nicht feststände, in welcher Weise die bereits erfolgten deutschen Leistungen Berücksichtigung finden sollen. Immerhin zeigt die Meldung, daß man in Paris die unvorstellbar lächerliche Forderung in Höhe von 132 Milliarden Mark ganz erheblich zurückgeschraubt zu haben scheint.

Neuer britischer Seeabrüstungs-Vorschlag.

Eine Note an Amerika, Frankreich, Italien und Japan.
Genf, 25. März. Die britische Delegation teilt mit, daß Lord Cusden an die Vertreter der Vereinigten Staaten, Frankreich, Japans und Italiens als Mitunterzeichner der Washingtoner Flottenabüstungs-Konvention eine Note richtete, in der ausgeführt wird, daß er am letzten Dienstag im Vorbereitungsausschuß für die Abrüstungskonferenz nur in unbestimmten Wendungen von den neuen Vorschlägen der englischen Regierung über weitere Abrüstung der Schlachtschiffe sprach konnte, daß er aber nunmehr die genauen Vorschläge mitteilen könne, nämlich:
1. Die Größe jedes neu zu bauenden Schlachtschiffes soll unter 20 000 Tonnen bleiben, an Stelle der gegenwärtigen Grenze von 35 000 Tonnen;
2. das Höchstkaliber der Geschütze soll von 16 auf 13,5 Zoll herabgesetzt werden, und
3. die Altersgrenze der Schiffe soll von 20 auf 26 Jahre erhöht werden.
In der Note wird für den Fall der Annahme dieser Vorschläge darauf hingewiesen, daß es vorteilhaft wäre, wenn die Annahme so erfolgen könnte, daß das in Washington vereinbarte Ertragbauprogramm nicht in Kraft zu treten brauche. Schließlich wird betont, daß die Annahme der englischen Vorschläge einen neuen großen Schritt auf dem Wege zur Abrüstung darstellen und in hohem Maße eine finanzielle Erleichterung sowohl in bezug auf die Baukosten als auf die Unterhaltungskosten aller künftig zu bauenden Schlachtschiffe bedeuten würde.

Wahlreden der Parteiführer am Sonntag.

Graf Westarp in Saarbrücken.

Saarbrücken, 25. März. Graf Westarp hielt in Saarbrücken eine Rede, in der er über die Not des Saarvolkes sprach und als Parallele die Not der Deutschen im Osten heranzog. Auf die innerdeutschen Verhältnisse eingehend, bezeichnete Graf Westarp die Weimarer Verfassung als stark reformbedürftig und setzte sich für das künftige Eigenleben der Länder ein. Die Deutschnationale Volkspartei wolle dem Führer danken wieder hochheben. Dem deutschen Reichspräsidenten müssen, welcher Partei er auch immer angehören möge, mehr Machtbefugnisse gegeben werden.
Graf Westarp ging zum Schluß auch auf das Scheitern des Schulgesetzes und auf die Not der deutschen Landwirtschaft ein. Bauernnot sei Volksnot, Bauernnot bedeute Arbeitslosigkeit und schwere Gefahr für die deutsche Währung. Während der Verammlung kam es mehrfach zu Aufstufungen durch Kommunisten und Sozialdemokraten; jedoch wurden die Aufstufungen durch die Polizei entfernt.

Die Wahlparole des Zentrums.

Rede des Reichsfinanzministers Dr. Köhler.
Gleiwitz, 25. März. Auf einer Mittelstandsversammlung der oberdeutschen Zentrumspartei sprach heute Reichsfinanzminister Dr. Köhler über die politische Lage. Die Zentrumspartei, so betonte er u. a., sei bei der Zusammenarbeit mit links und rechts stets in voller Unabhängigkeit gegangen und werde auch weiter frei und unabhängig ihren Weg gehen. Die Zentrumspartei stehe auf dem Boden der

Verfassung und erstrebe eine Republik, erfüllt mit christlichem Inhalt, sozial und demokratisch. Zum Flaggenkreuz bemerke der Minister, daß es kein Kompromiß gebe. Der Minister kam dann auch auf die Notlage der Landwirtschaft zu sprechen und wandte sich gegen die Aufhebung des Steuerdreißel. Das Deutsche Reich könne sich das nicht bieten lassen, zumal auf dem Gebiete der Reichssteuern alles getan worden sei, was möglich wäre. Bei Betrachtung der Notlage des deutschen Mittelstandes wandte sich der Minister gegen die Bildung von Interessenspartei, die keinen Nutzen hätten. Zur Phöbus-Angelegenheit bemerke der Finanzminister, daß die jetzige Regierung, die keinerlei Bürgschaften gegeben habe, von sich aus das Aufkämpfen dieser Angelegenheit betrieben habe. Im Wahlkampf könne die Phöbus-Angelegenheit nicht der jetzigen Regierung angehängt werden. Gewisse Parteien sollten sich an bestimmten Gründen, die er jedoch vorläufig nicht nennen wollte, davor hüten.

Zum Schluß beschäftigte sich Dr. Köhler mit dem Hauptfinanzproblem, der Aufbringung der Mittel. Er gab den unerträglichen Steuerdruck zu und erkannte die Notwendigkeit einer Steuerentlastung an. Vor allem sei die Verbilligung einer gerechten Veranlagung erforderlich. Es gehe nicht an, daß ein Teil stark belastet sei, während der andere Teil zu wenig zahle. Die Zentrumspartei werde sich auch nicht in Zukunft vor der Verantwortung drücken. Das Festhalten des Zentrums an den Forderungen des Reichsschulgesetzes habe bewiesen, daß der alte Geist trotz der Irrungen und Wirrungen der Tage geblieben sei.

Die Ausschlichtung der Phöbusaffäre in Frankreich.

Paris, 25. März. Der Berliner Berichterstatter des nationalsozialistischen „Intronsageant“ stützt sich auf die Ausführungen der „Noten Tribune“ und der „Welt am Montag“, um die Phöbus-Angelegenheit als „die größte Affäre heimlicher Rüstungen, die der öffentlichen Meinung jemals entfällt worden seien“, zu bezeichnen. Weiter heißt das Blatt die Behauptung auf, durch das Phöbus-Geld seien auf dem Umwege über den Hilfsbund der Elsas-Vorkrieger im Reich die autonomistischen Zeitungen „Die Volkstimme“, „Die Zukunft“ und der „Straßburger Erwinia-Verlag“ finanziert worden. Es ist demgemäß keineswegs verwunderlich, wenn die nationalsozialistische Presse vom Schlage eines „Intronsageant“ die Reichstagsrede des Kommunisten Schneller über den angeblichen Bau von Tanks, Flugzeugen und schwerer Artillerie begierig aufgreift, um aus ihr den Beweis für deutsche Verstöße gegen die Abrüstungsbestimmungen abzuleiten.

Der griechisch-deutsche Handelsvertrag unterzeichnet.

Berlin, 25. März. Zwischen dem griechischen Gesandten in Berlin Ranelopoulos und dem Auswärtigen Amt ist am Sonnabendabend der deutsch-griechische Handelsvertrag unterzeichnet worden. In dem neuen Vertrag sind die üblichen Abmachungen über die Weisbegünstigung, über die Behandlung der Warenproben, Aufenthaltrecht und Tariffragen getroffen worden. Der Handelsvertrag enthält eine Anlage über Zolltarifvereinbarungen zwischen Deutschland und Griechenland. Danach hat Deutschland Griechenland Ausnahmetarife für Korinthen, Zitronen und geknüpfte Teppiche zugestanden, während die griechische Regierung 80 Posttionen des Zolltarifs, im wesentlichen für Waren, die die deutsche industrielle Ausfuhr nach Griechenland interessieren, herabsetzt.

Schweres Grubenunglück in Selsenkirchen.

Zwei Tote, ein Schwerverletzter.
Selsenkirchen, 25. März. In der Nacht zum Sonntag ereignete sich auf der Zeche „Graf Bismarck“ ein schweres Unglück. Auf der vierten Sohle ging ein Verbindungsstück zu Bruch, wodurch drei dort arbeitende Bergleute verschüttet wurden. Einer von ihnen konnte sofort als Schwerverletzter aus den Gesteinsmassen herausgeholt werden, während die beiden anderen, zwei Brüder Kaitan, nach eifrigen Rettungsarbeiten erst gegen Mittag als Leichen zu Tage gefördert werden konnten. Ueber die Ursache des Unglücks ist bisher nichts bekannt.

Zusammenkunft Briand-Kellogg?

Paris, 25. März. Wie der „Chicago Tribune“ aus Washington gemeldet wird, besteht die Möglichkeit, daß in Verfolg des französisch-amerikanischen Notenwechsels über die Antikriegspakfrage eine persönliche Unterredung zwischen Außenminister Briand und Staatssekretär Kellogg stattfinden werde. Allerdings warte man zunächst noch die Antwort Briands auf die letzte Note Kelloggs ab.